

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die beispaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 76 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die beispaltige Anzeigenzeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 33

Montag, den 9. Februar 1920

11. Jahrgang

## Die Auslieferungsnote in Berlin überreicht.

Sonnabend abend überreichte der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler die Auslieferungsliste mit der unveränderten Begleitnote. Der Note war ein Brief an den Reichskanzler beigelegt, in dem auf die Weigerung des Freiherrn v. Bersner hingewiesen wurde, die Note und Liste für Deutschland in Empfang zu nehmen. Die Entente nehme an, daß es sich nur um eine persönliche Rundgebung v. Bersners handele und daß die deutsche Regierung den Verpflichtungen des Friedensvertrages voll nachkommen werde.

Die Auslieferungsliste ist 104 Seiten stark und zerfällt in sieben Einzellisten. Die erste Liste umfaßt die von England geforderten Personen mit der Zahl von 100, die zweite die von Frankreich geforderten mit 334 Namen, die dritte Liste, die von Italien geforderten mit 29 Namen, die vierte Liste, die von Belgien geforderten mit 334 Namen, die fünfte Liste die von Polen geforderten mit 53 Namen, die sechste Liste die von Rumänien geforderten mit 41 Namen und die siebente Liste die von Jugoslawien geforderten mit 4 Namen.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

Paris, 3. Februar 1920.

An Herrn Freiherrn v. Bersner, Vorsitzender der deutschen Delegation.

Herr Präsident!

In Ausführung des § 3 des am 28. 6. 19 unterzeichneten Protokolls beehre ich mich, Ihnen anbei im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der britischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatisch-slawonischen Regierung gemäß Artikel 228 Absatz 2 des Versailler Vertrages aufgestellten Listen zu überreichen.

In die Aufstellung dieser Listen sind nicht alle die mit einbegriffen, die sich der im Laufe des Krieges von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die oben bezeichneten Regierungen haben geglaubt, schlichtermasse darin nur Personen aufzuführen zu sollen, die anscheinend die schwerste Verantwortung trifft. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen bleibt weit zurück hinter derjenigen der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der Befehle und Befehle des Krieges begangenen Rechtswidrigkeiten. Es liegt nicht in der Absicht der Ententeregierungen, die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in den beigelegten Listen nicht mit einbegriffen sind. Die vorliegende Mitteilung berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihres Gebietes zu verfolgen.

Gemäß Artikel 226 des Friedensvertrages sind die auf den beigelegten Listen aufgeführten Schuldigen, sei es dem Namen nach, sei es nach dem Grad der Amtsausführung oder Amtsverwendung, zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen waren, bezeichnet. Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der deutschen Regierung so, wie in Artikel 228 des Vertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genauen Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte.

Eine weitere Mitteilung wird Sie in Beantwortung Ihres Schreibens Nr. 88 (Gemeint ist die Note des Herrn v. Bersners in der Auslieferungsfrage vom 25. Januar. Red. Volkst.) die Umstände wissen lassen, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrages über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen.

Genehmigen Sie Herr Präsident die Versicherung meiner Hochachtung.

Friedenskonferenz.

Der Präsident.

gez.: E. Millerand.

## Beratungen in Berlin.

Berlin, 8. Febr. Die gestrigen Besprechungen zwischen den Fraktionen vorstehenden und der Reichsregierung werden heute fortgesetzt. Auch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird heute nachmittags zusammenkommen, und an seinen Beratungen wird auch der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Meyer teilnehmen.

Daß eine Antwort von deutscher Seite auf die Note, die mit der Auslieferungsliste überreicht und dem Empfang dem französischen Geschäftsträger beigelegt worden ist, schon in den nächsten Tagen erteilt werde, ist unwahrscheinlich. Man wird vielmehr abwarten, bis die Ententeantwort auf die deutsche Note vom 25. Januar eingegangen ist. Diese Antwort ist, wie die „Deutsche Wlt.“ Jtg.“ meint, vor Ablauf nächster Woche kaum zu erwarten.

In der gestrigen Aussprache der Erklärung mit Vertretern der ihr nahe stehenden Parteien trat die Ansicht in den Vordergrund, daß die Einberufung der Nationalversammlung erst dann beschlossen werden könne, wenn die Antwort der Entente auf die deutsche Note

vom 25. Januar vorliege. In der Haltung der Regierung zur Auslieferungsfrage hat sich, wie die Blätter übereinstimmend sagen, nichts geändert.

## Eine Wendung in der Auslieferungsfrage?

Nach verschiedenen vorliegenden Meldungen hat sich in England ein Umschwung in der Auslieferungsfrage vollzogen. „Morning Post“ veröffentlicht ein Telegramm der „Times“, in dem gesagt wird, es habe den Anschein, daß der englische Premierminister, wüßte dem Eindruck der Meinung gewisser Kreise seine Ansicht geändert habe, und daß seine Haltung nicht mehr mit derjenigen der französischen Regierung übereinstimme.

Auch die Havas-Agentur verbreitet einen Auszug dieses Telegramms, in dem gesagt wird, Lloyd George sei der Ansicht, daß man die Auslieferungsliste oder den Modus der Aburteilung abändern müsse, damit die Deutschen sie annehmen könnten. „Times“ fügt hinzu, Lloyd George folge, würde heißen, dem Vertrag selbst einen schrecklichen Stoß versetzen.

Daß in den englischen liberalen und demokratischen Kreisen starke Strömung gegen das Auslieferungsverlangen vorhanden ist, zeigt neuerdings auch ein Artikel des „Daily Chronicle“, der da schreibt:

„Man wisse nicht, ob die veröffentlichte Liste zurecht sei oder nicht, aber man könne bestimmt sagen, daß, wenn die Liste stimmt, sie niemals der britischen Regierung überreicht und von ihr genehmigt werden sei. Sie sei schlecht hin grotesk, und wenn dies wirklich die der deutschen Regierung vorgelegte Liste sei, so sei man überzeugt, daß die interalliierte Diplomatie in Paris wieder einmal eine unentschiedene Torheit begangen habe. Man könne von keiner Regierung und keinem Volke verlangen, 15 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, ohne ein Wort zu sagen, einen Mann auszuliefern, der so seine Pflicht erfüllt habe, wie Hindenburg.“

Dem Reuterschen Bureau wird aus Paris gemeldet: Als der Rat der Botschafter die Liste der Schuldigen am Mittwoch nach Berlin sandte, gab er sich völlig der Erwartung hin, daß man in London dieser Aktion zustimme. Der britische Lordkanzler ist jedoch gestern früh aus England eingetroffen und hat dem Rat der Botschafter mitgeteilt, daß Lloyd George seinen Standpunkt geändert habe. Wie das Reutersche Bureau weiterhin meldet, kam der Rat der Botschafter, an dessen Sitzung auch der britische Lordkanzler und der Attorney-General teilnahmen, zu der Ansicht, die Alliierten müßten erst den nächsten Schritt der deutschen Regierung abwarten, bevor sie selbst etwas unternehmen.

Welch einen Eindruck die Nachricht von der Schwächung Lloyd Georges auf Frankreich machte, zeigt ein Artikel aus dem französischen Heftorgan „Echo de Paris“, in dem noch einmal festgestellt wird, daß alle Klauseln betreffend den Kaiser und die schuldigen Deutschen von Lloyd George stammen. Das Blatt fragt, warum Lloyd George heute sein Wort verleugne? Man erzähle, daß die Namen der Schuldigen ihm nicht mitgeteilt worden seien. Auch eine Geschichte! Das Blatt erinnert daran, daß es Lloyd George gewesen sei, der als großer Wahlvorkämpfer für angezeigt gehalten habe zu schreiben: Wilhelm II. an den Kaiser, die deutschen Börsen geleert bis zum letzten Schilling. Wenn Deutschland nicht erfüllen könne oder wolle, was es versprochen habe, dann müsse man feststellen, daß es im Verzuge sei und müsse eine Kompensation verlangen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zur Lage:

„Es muß wiederholt werden, daß Deutschland sich, wenn auch gewichtige Symptome für ein verständnisvolleres Verhalten Englands vorliegen, davon hüten muß, die Situation vornehmlich optimistisch zu beurteilen. Eine wirkliche Entspannung der Lage wird nur erreicht werden, wenn das ganze Ausland sich über den festen Willen des deutschen Volkes, alle wirklichen Verbrechen zu bestrafen, aber Deutsche nicht an ein fremdändliches Gericht ausliefern zu lassen, keiner Täuschung hingeben kann.“

## Meineidsprozeß gegen Oberleutnant von Kessel.

Vor dem Kriegsgericht der Abwicklungsstelle des 4. Garderegiments begann am Freitag der Meineidsprozeß gegen Oberleutnant von Kessel, welcher ein Anspiel zu dem Prozeß gegen Oberleutnant Marloh bildet. In der Hauptverhandlung gegen Marloh ergaben sich bei der Vernehmung des Zeugen von Kessel so erhebliche Widersprüche zwischen dessen Aussage und den Angaben von Marloh sowie den Aussagen der Zeugen Pfarrer Rump und Leutnant Wehmeier, daß der begründete Verdacht des wesentlichen Meineids gegen Oberleutnant von Kessel entstand und dieser alsbald in Untersuchungshaft genommen wurde. Neben der Anklage wegen Meineids ist er noch beschuldigt der Anstiftung Marlohs zur unerlaubten Entfernung aus dem Dienst nach § 115 des Militär-Straf-Ges.-B. sowie ferner der Herausforderung des Pfarrers Rump zum Zweikampf. Die Hauptanklage wegen Meineids hängt mit der Flucht Marlohs zusammen. Der Angeklagte von Kessel soll nach der Anklage die Flucht nicht nur veranlaßt, sondern sogar bei der derselben hütende Hand geboten haben. Am 1. Juni

v. J. wollte Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer die Verhaftung Marlohs vornehmen. Obwohl dieser Schritt ganz geheimgehalten war, hatte Leutnant von Grolman von der politischen Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps davon Kenntnis erhalten und telephonisch dem Abfahrenten von Kessels, Oberleutnant Hofmann, Nachricht gegeben. Als Marloh verhaftet werden sollte, war er inzwischen durch einen unbekanntem Offizier aus seiner Wohnung abgeholt worden. Nach den Angaben Marlohs und des Zeugen Pfarrer Rump haben sowohl Hofmann als auch v. Kessel sich wiederholt bemüht, Marloh zur Flucht zu überreden. Als dieser sich andauernd weigerte, wirkte von Kessel auf Pfarrer Rump ein und legte ihm dar, daß die Flucht aus patriotischen Gründen notwendig sei. Schließlich ließ sich Mann auch Marloh überreden; er erhielt von dem Angeklagten Ausweispapiere, Fahrkarte und 5000 Mark. Hierin erblickt die Anklagebehörde die Anstiftung zur unerlaubten Entfernung. Als dann Kriegsgerichtsrat Meyer am 6. Juni E-Mittelungen über die Flucht anstellte, wurde auch von Kessel vernommen. Er machte hierbei eine Reihe von Angaben, die nach der Anklage offensichtlich falsch sein sollen. Da er am Schluß einen Eid leistete, so ist gegen ihn deswegen Anklage wegen Meineids erhoben worden. Er hatte dem Untersuchungsrichter erklärt, daß er weder Marloh erkannt habe, noch wisse, wo er sich aufhalte und wer ihn abgeholt habe. Außerdem hatte er dem Untersuchungsrichter fälschlich angegeben, daß Marloh an Verfassungskammer sei. Im ganzen sind es acht Punkte, in denen seine Aussage falsch sein soll. Die Herausforderung des Pfarrers Rump zum Zweikampf erfolgte, als dieser im Laufe des Marloh-Prozesses gegen den Zeugen von Kessel heftige beleidigende Äußerungen getan hat. Pfarrer Rump hat die Forderung abgelehnt. Für die Verhandlung sind zwei Tage vorgesetzt. Verhandlungsleiter ist Kriegsgerichtsrat Gerhardt. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Ullmann. Verteidiger des Angeklagten von Kessel ist Rechtsanwalt Dr. Albers. Unter den geladenen Zeugen befinden sich Pfarrer Rump, Oberleutnant Marloh und Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer. Wir werden über den Prozeß berichten.

## Internationaler Arbeiterschutz.

Deutschland war auf der internationalen Arbeiterversammlung, die vom 29. Oktober bis 29. November 1919 in Washington tagte, nicht vertreten, da es sehr spät geladen war, und sich dann für die Delegierten keine Fahrgelegenheit fand. Der Gedanke des internationalen Arbeiterschutzes ist nicht neu und gerade von den deutschen Sozialpolitikern und der deutschen Arbeiterschaft von jeher vertreten worden. Ein Land kann den aus menschlichen und staatlichen Gründen wünschenswerten Schutz der Arbeiter nur dann ohne Schaden für seine Produktionskraft und damit seine gesamte Bevölkerung ausbauen, wenn volkswirtschaftlich auf ähnlicher Stufe stehende Länder das Gleiche tun. Troßdem Deutschland nicht anwesend war, hat sein sozialer Geist und seine soziale Gesetzgebung die Konferenz beeinflusst.

Es sind über die Arbeitszeit, die Arbeitslosigkeit, die Nacharbeit der Frauen und Jugendlichen, den Witterungsschutz und die Kinderarbeit Beschlüsse gefaßt worden, die den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zugehen. Sie erlangen Gesetzeskraft, wenn sie von diesen Staaten ratifiziert werden. Die Beschlüsse bringen für die deutsche Gesetzgebung wenig Verbesserungen. Eine Ausnahme bildet allerdings der Beschluß, daß alle privaten Stellen- und Arbeitsvermittlungs-bureaus durch Regierungsämter ersetzt werden sollen und die Beschlüsse über die Arbeitslosenversicherung und den Jugendschutz. Kinder unter 14 Jahren sollen nicht in industrieller Arbeit beschäftigt werden und eine Registerführung über alle Jugendlichen unter 16 Jahren soll eingeführt werden. Der Achtstundentag und die 48-Stundenwoche für die Industrie sollen mit bestimmten Ausnahmen eingeführt werden. Jugendliche sollen zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht beschäftigt werden, doch sind die deutschen Bestimmungen milder. Frauen sollen in Industriebetrieben zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht beschäftigt werden mit Ausnahme von Arbeiterinnen, durch die ein Betriebsverlust verhütet werden soll. Frauen sollen 6 Wochen nach ihrer Niederkunft weder in der Industrie noch im Handel arbeiten dürfen. Sie sollen 6 Wochen vor der Niederkunft ihre Arbeit verlassen dürfen, wenn sie ein ärztliches Zeugnis beibringen. Sie dürfen in beiden Fällen nicht entlassen werden und sollen durch geldliche Beihilfen vom Staat in dieser Zeit unterstützt werden. Auch für ärztliche Behandlung und Hebammenhilfe soll der Staat sorgen. Stillende Mütter sollen zur Versorgung ihres Kindes dreimal täglich eine halbe Stunde frei bekommen. In Deutschland ist die Nacharbeit für Frauen von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten, der Sonnabend-Nachmittag ist frei, eine einstündige Mittagspause gesetzlich, ein Verbot für bestimmte schwere Arbeit besteht. Das Verbot der Nacharbeit besteht schon lange und ist im Interesse durch die Wochenruhe und jetzt durch das Gesetz über die Witterungsschutzfrage erlangt worden.

Mit diesen Konventionen wird sich, dem Friedensvertrag zufolge, zunächst das internationale Arbeitsamt, das seit ein paar Tagen in London tagt, beschäftigen. Es soll den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz praktische Gestalt geben. Diese Arbeit werden die Deutschen, die an der Tagung teilnehmen, aus den Erfahrungen der deutschen Praxis herausfordern können.

# Französische Ludendorfferei.

Die „Humanität“ vom 25. Januar veröffentlicht unter der Überschrift: „Das Blut unserer Soldaten“ einen Artikel des Generals Percin, der auch hier einiges Interesse erwecken dürfte. Der Artikel nimmt Bezug darauf, daß einige Tage vorher die Zeitschrift „Democratie“ eine Anzahl Briefe veröffentlicht hatte, die während der ersten Kriegsjahre von der Front vom Kommandanten Messimy an den Präsidenten der Republik und an den Kriegsminister gerichtet worden sind. In einem dieser Briefe heißt es unter anderem:

„25. Juli 1915. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mit allem Nachdruck protestieren gegen die Lügen der Kriegsberichte. Die Eroberung des Bärenkopfs hat uns Hunderte von Toten und Verwundeten gekostet. Die 5. Jägerbrigade hat sich nur vier Stunden behaupten können, zwei herrliche Bataillone sind vernichtet worden. Verschuldet ist dieses blutige Unglück durch Stabsoffiziere, die keine Ahnung hatten vom Terrain und den örtlichen Umständen, die in wenigen Stunden den Plan ausgearbeitet hatten, den sie dem Kommandanten unterstehen. Man kann gar nicht genug seiner Empörung Ausdruck geben darüber, wie hier Hunderte, Tausende und Zehntausende von Menschen hingschlachtet worden sind.“

In einem anderen Brief vom 30. Dezember 1915 heißt es: „An den Kriegsminister! Ich habe schon mehrere Male den Präsidenten der Republik darauf hingewiesen, wie unnütz und ohne jedes größere Resultat die kleinen Divisions- oder Brigadeaktionen sind, die unternommen werden. Ich glaubte durch meine wiederholten Eingaben die Regierung überzeugen zu können; aber sie erklärte sich für unzuständig und man setzte das Warten fort. Gewiß ist es wahr, wir haben bei Mt-Ormand 1600 Gefangene gemacht, aber der „Boche“ hat genau so viele gemacht und unsere Verluste an Toten und Verwundeten sind viel schwerer. Das Resultat aber ist für uns gleich Null. Ich kann Ihnen nur versichern, daß die Empörung über solches Treiben in der Truppe und bis in die höheren Rangstellen hinauf im Anwachsen ist gegen den Generalsstab, der geleitet wird von Leuten, die keine Ahnung von der Kriegführung haben und den Schrecken des Schlachtfeldes.“

General Percin fährt dann fort:

„Es ist gerade verständlich, daß der Präsident der Republik und die Kriegsminister diesem Treiben gegenüber untätig geblieben sind. Genug, daß sie keinen Einhalt boten, sie haben noch dazu ermuntert, weil, schlimm genug, daß man das sagen muß, der Kriegsbericht belebt werden sollte (!), um die öffentliche Stimmung zu verbessern. (!) Der GeneralSaurade (heute in der Reserve) hat mir gesagt, daß er bereits 1914 im Einsatz vom Kommando den Befehl bekommen hat, von Zeit zu Zeit einen Angriff zu unternehmen, um den Kriegbericht interessanter zu gestalten. Außerdem habe ich den Brief eines Obersten in Händen, dessen Namen ich nicht nennen kann, weil er noch im Dienst ist; in ihm heißt es, daß das Kommando trotz seiner Vorstellungen sein Regiment in einen Angriff hineingeworfen hat gegen eine Stellung, deren Drahtverhaue noch unzerstört waren. Der Oberst sagt: „Wenn ich mich weigert hätte, hätte man mich hinausgeworfen.“ Um das zu vermeiden, hat er 400 Franzosen töten lassen, ohne auch nur den erwarteten Erfolg zu haben. Ein anderer Oberst dessen Namen ich gern sagen könnte, hat mir erzählt, daß sein Divisionsgeneral von ihm ein Dorf wiedergewonnen haben wollte, das er aufgeben mußte. Gegenüber dem Vorhalt, daß man das Dorf wohl nehmen, aber nicht behaupten könne, gab der Divisionsgeneral im Augenblick den Plan auf. Kurz darauf kam der Generalsstabschef der Division, den Oberst zu besuchen, und genierte sich nicht, tatsächlich folgendes zu sagen: „Nieder Herr Oberst! Unser Divisionsgeneral ist nur provisorisch in seinem Rang. Um die Bestätigung seines Titels zu erreichen, müssen wir irgend eine kleine Aktion unternehmen. Können Sie nicht ansetzen?“ (!) Der Oberst ließ sich nicht darauf ein. Einige Tage später erhielt er vom Divisionsgeneral selbst den Befehl zum Angreifen. Der Angriff mißlang. Das ganze Regiment blieb auf dem Schlachtfeld. Aber der Erfolg war erreicht: der Divisionsgeneral wurde in seinem Amt bestätigt.“

Ist es nicht ein Verbrechen gegen das Vaterland, französische Soldaten aus egoistischen Gründen töten zu lassen?“

Somit der französische General. Man sieht, auch in Frankreich wurde mit Menschenleben bestimmungslos wirtschaftet. Der Unterschied ist nur der, daß in Frankreich, obwohl es reichlich geblieben ist, es doch noch möglich ist, daß aufricht gesinnte Männer in der Armee, trotz des streng konformistischen Systems, wagen können und freimütig unternehmen, ihrer Regierung die Wahrheit zu sagen.

Im alten Deutschland wäre das nach einem siegreich beendeten Kriege ganz unvorstellbar gewesen, zumal in der Ludendorff-Ära. Das war der verhängnisvolle Unterschied zwischen Deutschland und seinen westlichen Kriegsgegnern, daß bei denen die Ludendorfferei nur militärisch das Volk ruinieren konnten, während sie bei uns die Macht hatten, es auch politisch zu tun.

# Deutschland.

## Sie wollen den Bürgerkrieg!

### Troche Kampfanzeige eines Reaktionsärs.

Der erste Bürgermeister von Lichtenberg, Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung, Herr Marek, hielt am 24. Januar in Frankfurt a. D. eine öffentliche Versammlung der Deutschen Volkspartei ab, über welche eine demokratische Korrespondenz berichtet. In dieser Versammlung erklärte Marek, daß die Mehrheitsparteien versuchen, die Neuwahlen hinauszuschieben. Für den Fall, daß das geschehen solle, erklärte er „einen Bürgerkrieg für unvermeidlich“. Als Marek gestellt wurde, daß sein Ausspruch nur so aufgefaßt werden könne, daß für den Fall, daß im Frühjahr die Wahlen nicht stattfinden, von rechtsstehender Seite der Bürgerkrieg provoziert werden würde, antwortete er im Schlusswort, daß man ihn richtig verstanden hätte, und daß er „ein solches Hinausschieben der Wahlen nicht anders auffassen könne, als eine Vergewaltigung der jetzigen Minderheit. Gegen Gewalt könne aber nur Gewalt angewendet werden.“

Die Sozialdemokraten drängen seit Monaten auf rasche Arbeit in der Nationalversammlung und weisen immer wieder darauf hin, daß die Erledigung des Wahlrechtes dringend notwendig ist, um Neuwahlen so bald wie möglich anzusetzen zu können. Wenn Neuwahlen bisher noch nicht festgestellt werden konnten, so liegt das daran, daß die Na-

tionalversammlung infolge der ungeheuren Schwierigkeiten bisher mit ihren Arbeiten nicht fertig werden konnte, voran nicht zum geringsten die Saboteure von links und rechts die Schuld tragen. Marek ist ein streitbarer Mann, wenn er auch während des Krieges sich streng davor hütete, außerhalb der Grenzen seines deutschen Vaterlandes sich eine Erhaltung zuzuglehen. Auch unter den Truppen, die seinerzeit die Stadt, deren Bürgermeister Herr Marek ist, von der spartanischen Herrschaft befreiten, war er nicht zu sehen. Daß man ihn aber niemals hinter einem schwarzweißroten Maschinengewehr sehen werden wird, ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Bügelkassen des Herrn Marek dabei bedenklich in Unordnung geraten könnten.“

Dinge, wie diese Anzeichen einer überhandnehmenden Reaktion, können — nicht der vorliegende Fall von äußerlicher Selbstüberhebung allein! — an der heutigen Situation nicht ernst genug genommen werden. Beweisen sie doch, daß in Deutschlands Schicksalsstunde, wo es um Sein oder Nichtsein unseres durch ihren Krieg zusammengebrochenen Wirtschaftslebens geht, diejenigen Kreise, die sich in schamloser Weise „national“ nennen, ihr Vaterland völlig in den Abgrund zu stürzen bereit sind. Schlimm genug, daß die Arbeiterklasse nicht einig und geschlossen heute auf dem Posten ist gegen den Erbfeind und Unterdrücker, schlimm genug, daß man Tag für Tag noch gewärtig sein muß, daß verbündete Klassengenossen der Reaktion in den Sattel helfen, schlimm genug endlich, daß gegen rechts und links Gewalt angewendet werden muß, um verbrechliche Pläne zu verhindern. Sache des deutschen Volkes wird es sein, dafür zu sorgen, daß der Regierung in diesem verwerflichsten Ringen es gelingt, Deutschland gegen den — man muß es schon sagen — inneren Feind wirksam zu schützen. Das wird ihr nur dann möglich sein, wenn sie sich vornehmlich auch gegen Fälle rüstet, wie die, welche Herr Marek, wie oben berichtet, prophezeien zu müssen glaubt.

## Schicksale eines Liebesgabenpaketes.

Der langsam reitende deutsche Amtsschimmel, der sich auch durch den revolutionären Ansturm von 1918 nur ungern in etwas schnellere Bewegung gesetzt hat, hat nun auch in Amerika, dem Lande, in dem St. Bureaukratismus nur eine untergeordnete Rolle spielt, lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. In einer in New York erscheinenden deutschen Zeitung fanden wir nämlich folgendes hübsche Geschichtchen:

Ein in New York wohnender Kaufmann sandte an seinen in Hessen-Nassau lebenden Vater ein Päckchen Tabak nebst 25 Zigarren ab, für das er kaum einen Dollar gezahlt hatte und wofür die hessischen Zollbeamten dem entsehten Vater 382,36 Mark Einfuhrzoll abnahmen. Als der Vater die Annahme verweigerte, schickten sich die Beamten an, die Rauchwaren im Ofen zu verbrennen und als der Vater bat, als Geburtsdagsgeschenk seines Sohnes wenigstens eine Zigarre kosten zu dürfen, erklärten ihm die Beamten in barischem Ton: „So was gibt es hier nicht.“

Die Folge dieses himmelschreienden Bureaukratismus war, daß der Sohn in New York seinem Vater schrieb, es sei ihm die Luft vergangen, weitere Liebesgaben nach Hause zu senden. Hoffentlich wird das Päckchen der Deutsch-Amerikaner nicht durch derartige Idioten- und Schlangenschwänze unvorsichtig gemacht. (Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium haben versagt, daß Liebesgabenpakete frei einreisen dürfen. Aber diese Zollfreiheit ist an strenge Formvorschriften geknüpft, die wohl notwendig sind, um auf diese Weise nicht dem Schmutz ein neues Loch aufzumachen. Immerhin hätten die Zollbeamten in dem hier beschriebenen Fall etwas mehr nach dem Geist der vorgeschriebenen Behörden als nach dem Wortlaut ihrer Gesetze handeln sollen. Wahrscheinlich tun die Deutsch-Amerikaner viel besser daran, einen Dollar herüberzuschicken, der gegenwärtig in deutschem Gelde 70—80 Mark wert ist. Dafür können sich die Liebesgabenempfänger auch in Deutschland etwas kaufen. (D. Red.)

# Polen.

## Die Kosten der polnischen Großmachtspolitik.

In der Sitzung des polnischen Landtags vom 23. Januar — so berichtet das Organ der galizischen Sozialdemokratie, der „Kobza“ in Krakau — brachte Finanzminister Grabki einen Gesetzentwurf über eine weitere Erhöhung der polnischen Mark ein. Aus der amtlichen Berichterstattung ist zu ersehen, daß die getriebene Erhöhung der polnischen Mark nur eine Milliarde und 850 Millionen betrug. Dagegen sind ungeachtet geheim, und ohne Rücksicht auf die Zustimmung des Landtags, lediglich auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates 4 1/2 Milliarden polnischer Mark in Ausland gelöst worden, und zwar 1 1/2 Milliarden durch Billette und 3 Milliarden durch Grabki auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 20. Dezember 1919. Die bisherige Erhöhung der polnischen Mark beträgt insgesamt 6 Milliarden und 730 Millionen. Gegenwärtig verlangt Grabki die Aufhebung der obigen Summe bis zu 9 Milliarden 700 Millionen. Er verlangt also eine neue ungeheuerliche Erhöhung von 3 Milliarden polnischer Mark, bereits 1 Monat nach der Dezember-Erhöhung von 8 Milliarden!

Diese riesigen Erhöhungen sind, wie es sich aus der amtlichen Berichterstattung ergibt, durch die Kriegsausgaben veranlaßt. Im Laufe von 9 Monaten des vergangenen Jahres, vom April bis Dezember, hat das Kriegsministerium 2 1/2 Milliarden Mark, außerdem 200 Millionen Rubel und kleinere Beträge in Franken ausgegeben, das heißt monatlich durchschnittlich eine halbe Milliarde Mark. Für das erste Vierteljahr des laufenden Jahres hat das Kriegsministerium mindestens 2 1/2 Milliarden eingefordert und außerdem 200 Millionen Kronen, das macht also 800 Millionen Mark monatlich. Man sieht daraus, wie verheerlich der Krieg die Finanzen Polens beeinflusst.“

So der „Kobza“, der an anderer Stelle zu der Sage, in der sich Polen befindet, bemerkt: „Wie lange noch soll dieser für uns so beschämende und hinfällige Zustand dauern? Können wir uns denn nicht zu einer selbständigen Entscheidung über Krieg und Frieden entschließen? Ueber einen Krieg, in dem nicht französische und englische, sondern polnische Grenzen festgelegt werden sollen?“

Die Reaktion wünscht den Krieg mit dem heillosen Scheitern zu beenden, und zwar einen Krieg, den Polen führen soll. Sie wünscht aber einen Frieden, der nicht von Polen, sondern von der Reaktion geschlossen werden soll. Derartiges Verhalten der Reaktion kann Polen nicht gewinnen. Die Sozialdemokraten in Polen wollen den Frieden. Sobald die Polen den Frieden vorzuziehen, wird dieser Friede möglichst bald geschlossen werden, denn der Krieg trägt Polen auf!

# Lokales.

## Eugen Sellins Beisetzung.

Danzig hat in der heutigen Morgenstunde sein gewohntes Bild. Die Pfeifen der Fabriken ertönen, Autos und Fuhrwerke rasseln durch die Straßen, die Menschen eilen an ihre Arbeitsplätze. Und da jeder Tag in dieser Zeit neue Ereignisse, neue Umwälzungen und Verwicklungen bringt, so wartet der Arbeiterorganisationen, der politischen sowohl als auch der gewerkschaftlichen, neue wichtige Probleme. Die Vorstände, Vertrauensleute und Mitglieder werden zu Sammentreten, um zu beraten, was sie in diesem und in jenem Falle tun werden.

Einer aber wird dann nicht mehr unter uns weilen; einer der stets da war, wenn er zu Sitzungen und Versammlungen gerufen wurde; einer, auf dessen Erfahrung alle Genossen hörten und dessen Rat häufig ausschlaggebend gewesen ist für unsere Entschlüsse in wichtigen Situationen. Gestern haben wir Eugen Sellin zur letzten Ruhe begleitet. Die Genossen aller Bezirke hatten sich zahlreich eingefunden. Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hatten Kranzdeputationen entsandt, die prächtige Kränze mit leuchtend roten Schleifen dem Zuge vorantrugen. An der Spitze des Zuges wehten die trauerumflogten Banner der Danziger Arbeiterorganisationen. Der lange Trauerzug bewegte sich über den Hauptplatz, durch das Ostwaertor zum frei-religösen Kirchhof. Als der Sarg zum Grabe getragen wurde, setzte ein Trauerchor des Arbeitergesangsvereins „Sängergesang“ ein, dessen Mitglied Sellin seit Gründung des Vereins gewesen ist.

Der Sprecher der freien-religösen Gemeinde feierte dann den Verstorbenen als treuen Kämpfer für die Ziele des Sozialismus. Wie hat Sellin verfaßt, wenn es galt, irgend wo in die Bresche einzuspringen. Alle können wir uns an ihm ein Vorbild nehmen, was es heißt, treu seine Pflicht zu erfüllen. Auch die frei-religösen Gemeinde (die durch mehrere Vorstandsmitglieder im Trauerzug vertreten war), mehrere in ihm eines der eifrigsten Mitglieder. Sein ruhiges und sachliches Wesen habe ihm überall, auch bei seinen politischen Gernern Achtung eingetragen. Aber auch als Familienvater und im Freundes- und Bekanntentreise habe er stets seine Pflicht erfüllt.

Wieder setzte Trauergesang des Gesangsvereins ein. Dann nahm Gen. K e l das Wort, um im Auftrage der Danziger Sozialdemokratie Eugen Sellin das letzte Lebewohl zuzurufen:

„Trauernd steht das Danziger Proletariat an der Bahre eines ihrer Besten. Welche große Liebe, Verehrung und Achtung der Verstorbene genöß, dafür spricht am besten die große Trauer-versammlung. Die Danziger und auch die westpreussische Sozialdemokratie, die Gewerkschafts- und die Genossenschafts- und die gesamte Arbeiterbewegung hat in dem Verstorbenen einen ihrer bewährtesten Mitkämpfer verloren. In Eugen Sellin verkörpert sich die Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung. Schon von frühester Jugend an hat er als Sohn des Volkes erkannt, daß nur im Zusammenhange des gesamten Proletariats seine Macht liegt. Mit 20 Jahren schloß er sich bereits im Jahre 1894 in Hamburg der modernen Arbeiterbewegung an. Aus der Fremde nach Danzig heimkehrend Danzig zurückgekehrt, war sein sehnlichster Wunsch, den gewerkschaftlichen und politischen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung auch in Danzig zu bewirken. Noch unter dem Sozialistengesetz ging er sofort daran, seine Berufsorganisation, den Zentralverband der Zimmerer in Danzig ins Leben zu rufen. Die Arbeiterbewegung Danzigs wurde sehr bald auf ihn aufmerksam, und so wurde er dem Parteivorstand Berlin als Vertrauensmann der westpreussischen Parteigenossen in Vorschlag gebracht und von diesem bestätigt. In dieser Eigenschaft hat der Verstorbene eine Reihe von Reichstagswahlen in Westpreußen geleitet. Von seinen engeren Berufskollegen wurde Eugen Sellin sehr geschätzt, und er hat lange Jahre das Amt des 1. Vorsitzenden seiner Berufsorganisation bekleidet. Seine Arbeitstrost war unermüdet, wenn es galt, der Arbeiterbewegung zu nützen. In kurzer Zeit war unter seiner Leitung die Organisation soweit ausgebaut, daß sie zur Verbesserung der dürftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem Streik von längerer Dauer im Jahre 1894 eintrat. So groß die Achtung bei seinen Freunden war, so tief war auch der Haß bei den Unternehmern gegen ihn. Wenn in irgend einer Vereinbarung der Danziger Arbeiterbewegung eine Lücke entstand, war der Verstorbene unter Hintanhaltung seiner Person stets bereit, in die Bresche zu springen. Jahrausdauer war er Zeiger, im höchsten Amt der sozialen Verbesserung, und zwar im Reichsversicherungsamt in Berlin. Bei den Wahlen zur preussischen Landparlamentarier im Januar 1919 wurde ihm von der westpreussischen Sozialdemokratischen Partei die Anerkennung zuteil, daß er zur Landesparlamentarier ernannt wurde. Er war einer der eifrigsten Parteigenossen in der Fraktion. In persönlichen Verkehr war er stets ein Helfer und Berater. In der gesamten Arbeiterbewegung galt die Stimme Sellins sehr viel. Seine demütigen Wesen entsprach es nicht, sich mit seiner Person in den Vordergrund zu drängen. Danzigs Proletariat wird Eugen Sellin stets ein gutes Andenken bewahren. An seinem Grabe aber wollen wir auch neue Gedanken, daß die Saat, die er ausgesät hat, durch unser Tun tausendfältige Früchte tragen möge.“

Dann legten die verschiedenen Kranzdeputationen die Kränze nieder und riefen dem Verstorbenen ein letztes Lebewohl zu. Die Ehrenhellen fielen als letzter Gruß der Angehörigen und Freunde auf seinen Sarg, die Banner senkten sich grüßend über seine Gruft und dann nahm das Erdreich auf, was sterblich an Eugen Sellin war.

## Danzigs Lebensmittelversorgung vorläufig gesichert.

Wegen der Fleischversorgung Danzigs wandte sich die Verbraucherkommission nach der Inkraftsetzung des Friedensvertrages an das Reichswirtschaftsministerium. Das Ministerium hat darauf nunmehr geantwortet:

„Nachdem durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages der Freiheit Danzig aus dem Deutschen Reich ausgeschlossen ist, unterliegen die Regierungen des Danziger Magistrats nicht mehr der unmittelbaren Einwirkung deutscher oder preussischer Zentralbehörden. Ich vermag daher den bezüglich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Fleischwirtschaft in der Stadt von ihnen bereitgestellten Menschen nicht zu entsprechen; ich bemerke hierbei, daß unter der Voraussetzung der Innehaltung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen an den Land- und Seegrenzen der Freiheit, deren Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln vorläufig in der bisherigen Weise weiter erfolgen soll.“



# Lokales.

## Die Not der Kriegsbeschädigten.

Von der hiesigen Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden wir um Berücksichtigung nachfolgender Eingabe des Bundes an die deutsche Reichsregierung ersucht, die die Bundesleitung am 29. Dezember v. Js. abgeschickt hat, auf die bisher aber noch keine Antwort eingelaufen ist. Obgleich der internationale Bund mit seinen kommunistischen Tendenzen uns fern steht, geben wir dem Schreiben Raum, da die Not der Kriegsoffer zum Himmel schreit.

An die Reichsregierung  
Berlin.

Vor einiger Zeit haben wir die Reichsregierung um doppelte Auszahlung der Versorgungsgebühren für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene zu Weihnachten und forderten die Bewilligung weiterer Mittel als Ausgleich gegenüber der immer weiter ansteigenden Teuerung. Weihnachten ist herangekommen; die Kriegsoffer sind jedoch ohne Antwort geblieben. Ein großer Teil von ihnen muß Weihnachten „feiern“ ohne Tannenbaum, ohne die notwendigsten Lebensmittel, ohne ausreichende Bekleidung, ohne Daseinsfreude, Großsinn und Frieden. Immer verzweifelter ist die Stimmung der Kriegsoffer geworden, immer unerträglicher ihre wirtschaftliche Lage. Die im April dieses Jahres bewilligten 40 Prozentigen Teuerungszulagen sind längst durch die immer gewaltiger ansteigende Teuerung überholt. Nach den Erhebungen Dr. Ullrich-Frankfurt a. M. beträgt die Teuerung der Lebensmittel in Berlin von April bis November 65 Prozent. Hieraus ergibt sich, daß die Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen trotz der im April bewilligten Zulagen schon wieder schlechter ist, als vor der Bewilligung. Vom 1. Januar ab wird durch die Umsatzsteuer und die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eine neue gewaltige Preissteigerung einsetzen. Wenn nicht sofortige Hilfe einsetzt, werden die Kriegsoffer durch die Verhältnisse an den Rand der Verzweiflung gebracht.

Bei Ausbruch des Krieges wurde von der damaligen Regierung und den Parteien des deutschen Reichstages anerkannt, daß die Versorgung der Kriegsoffer ungenügend sei, und die baldige Schaffung eines neuen Gesetzes in Aussicht gestellt, daß ihre Sicherstellung bringen sollte. Dieses Gesetz, das nunmehr seit 5 Jahren in Vorbereitung ist, ist immer noch nicht fertiggestellt und dürfte auch kaum vor Frühjahr 1920 in Kraft treten. Inzwischen speist man die Kriegsoffer weiterhin mit einem Almosen ab. Oder ist es kein Almosen, wenn man z. B. der Kriegswitwe für die Erhaltung ihres Kindes einen Betrag von 79 Pf. täglich gibt? Bedeutet nicht die Gewährung von 79 Pf. Rente für die Kriegserben ihre langsame Lösung? Müssen sie nicht der Unterernährung zum Opfer fallen?

Alle unsere Anträge auf eine wirkliche Anpassung der Versorgungsgebühren an die ungeheuerliche Steigerung der Kosten der Lebenshaltung wurden bisher von der Regierung mit geringfügigen Erhöhungen der Bezüge beantwortet; ein wirklicher Ausgleich der Renten mit den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen jedoch regelmäßig durch einen Hinweis auf die schlechten Finanzen des Reiches abgelehnt.

Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen erkennen diese Begründung für die Ablehnung ihrer berechtigten Forderungen jedoch nicht an, solange noch für andere unproduktive Zwecke ungeheure Summen ausgegeben werden. Wir fragen die Regierung, warum die Balthustruppen, die durch ihr hochverräterisches Vorgehen der Entente den Vorwand für die Zurückhaltung unserer kriegsgefangenen Kameraden gaben und unter ausgehauenen Land in neue Schmiergelder stürzten, immer noch nicht aufgelöst sind? Kostet ihre Unterhaltung nicht den Riesenbetrag von 600 000 Mark täglich? Warum belohnt man die Balthustruppen und bestraft die Kriegsoffer für ihre Hingabe mit der Strafe des Hungerns?

Sind wir nicht nach den Versailler Friedensbedingungen verpflichtet, die Reichswehr bis auf 100 000 Mann zu verringern? Warum hat man die Herabsetzung noch immer nicht durchgeführt, wenn die Finanzen des Reiches so schlecht sind? Nur ein Bruchteil des so erparierten Geldes würde ausreichen, um die Kriegsoffer aus ihrer elenden Lage herauszubringen, um Hunderttausenden das Leben zu erhalten, die bei der augenblicklichen Rentenverfälschung zum Hungertode

verurteilt sind. Hunderttausenden kann die Gesundheit zurückgegeben werden, wenn ihnen sofort die notwendige Hilfe wird.

Noch einmal wenden wir uns an die Reichsregierung und fordern sie auf, ihre Pflicht den Kriegsoffern gegenüber zu erfüllen. Wir können nicht warten bis zur Schaffung des neuen Gesetzes, es muß vorher, es muß sofort eine Hilfsaktion einsetzen.

Noch einmal erheben wir unsere warnende Stimme: Hunderttausende befinden sich in einer furchtbaren Notlage. Will man ruhig zusehen, bis sich ihre Stimmung in Verzweiflungsaktionen Luft macht? Noch einmal erheben wir unsere Anklage, daß Deutschland sich seiner Kriegsoffer nicht annimmt. Noch einmal, zum letzten Male rufen wir das öffentliche Gewissen nach in Deutschland; zum letzten Male schreien wir in der Heimat die Not der Kriegsoffer hinaus. Wenn jetzt nicht die geforderte Hilfe gegeben wird, wenn man auch jetzt wiederum mit einem Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Reiches unsere Hilfswort abtun will, dann bleibt uns nur ein Schritt übrig, den wir in Anbetracht des so tief gesunkenen Ansehens Deutschlands nur aus der schlimmsten Not heraus tun wollen. Wir müssen dann die Ententeländern aufrufen, den deutschen hungernden Kriegsoffern zu Hilfe zu kommen. Wir müssen dann von den Ententeländern fordern, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Opfer des Krieges in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, als in den Ländern der Entente.

Wir hoffen nicht nötig zu haben, diesen Appell an das Weltgewissen zu richten; wir hoffen, daß die Reichsregierung nunmehr sofort das entsprechende veranlassen wird, um die Kriegsoffer in Deutschland aus ihrer verzweifelten Lage herauszubringen.

Mit Hochachtung  
Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten  
und Hinterbliebenen, Bundesleitung.

Zum Schutz öffentlicher Gebäude, für die die Stadt zurzeit verantwortlich ist, stehen seit Sonnabend früh Mitglieder der Danziger Einwohnerwehr im Wachtdienst. Die Wachtmannschaften sind durch weiße Armbinden mit der Aufschrift: „Sicherheitswache“ kenntlich. Sie sind im Besitz von Anzeigern. Sie haben die Befugnisse und Pflichten von Wachtmannschaften.

## Gerichtssache.

**Judenkardentest auf dem Ernährungsamt.** Die frühere Puraangehörige L. war auf dem Ernährungsamt tätig und entwendete hier sechs Judenkarten, die ihr in amtlicher Eigenschaft zur Aufbewahrung übergeben waren. Die Tat wurde durch Hausjurung festgestellt. Das Schöffengericht verurteilte die Täterin zu drei Tagen Gefängnis wegen Diebstahls.

**Schleichhandel mit Mehl.** Bei einer Schleichhandelsache mit Mehl war auch der Kaufmann Johann J. in Danzig beteiligt, der einem Schleichhändler 5500 Mark zum Ankauf lieh. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Beteiligung am Schleichhandel zu 1000 M. Geldstrafe.

**Schweinmischlung.** Der Schmeißer Artur J. in Koblentz schlichtete heimlich ein Schwein und unterließ die Anmeldung. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen der Schweinmischlung zu 150 M. Geldstrafe.

**Eine unappetitliche Sache.** Durch Verordnung vom 11. 12. 1918 ist geschlechtskranken Personen der Verkehr verboten. Die Kriegswitwe Antonie Sch. v. Danzig war krank und unterließ trotzdem Verkehr mit einem Manne. Das Schöffengericht verurteilte sie deshalb zu sechs Wochen Gefängnis.

## Filmschau.

### „Licht-Bühne“, Jungfergasse.

Ein reichhaltiges Programm bietet sich augenblicklich den Besuchern. Ein kaffiges Drama zeigt „Die Geheimnisse eines Frauenarztes“, der sich durch eine „Augenblicks-Liebe“ eine Prinzessin zur Gattin erwählt, trotzdem in seinem Herzen die Liebe zu einem anderen Weibe ruht. — Ein spannender Detektivfilm „Der Millionendieb“ zeigt die Schurkentat eines Grafendieners, der das Erbe des Grafen an sich zu reißen versucht, aber im letzten Augenblick entlarvt wird. — Ein Lustspiel „Er hat's geschafft“ sorgt für genügende Belästigung der Wachstücker.

Im **Schaubühnen-Theater** Langensmarkt läuft ein Programm, das den Zuschauer in die „gute alte Zeit“ des Kinos versetzt. Das 5. Aktige Lustspiel „Sein Mädel“ zeigt einen lebenslustigen Dackel als Schrecken der Pensionärin und ihrer Lehrer.

afrikanischen Rasse ausgelegt wird, sich bei Büttensdörfern als Heiland und Propheten ausgibt, später von ausgebrochenen Juren zum Kaiser des eigenen Jäh getönt wird, um dann, nachdem er unter brutalster Hinstückung des Lebens eines anderen das eigene gerettet, in die Heimat zurückzukehren und, ein Greis, im Schoße der greisen Frau, zu sterben.

Nichts ist mirer Ansicht noch fasslicher, als in „Peer Gynt“ nur eine Komödie gekrautelter Selbstliebe zu sehen, das tragische Schicksal eines Helden mit verlogenem Charakter. Wohl ist er, besser wird er, ein egoistischer Schwärmer, ein großspuriger Schwärmer, ein lächerlicher Brachmann, ein Komödiant, Hochstapler, Richtigfänger und sehr gefährlicher und unangenehmer Zeitgenosse, aber in all seinen Schwärmerzeiten liegt kein System, ist ja gar nichts bewusst Gemeines, sonst wäre der „Krumme“ nicht sein erbitterter Feind, „der Krumme“ dieser überzogene Vertreter des „Geistes der Schwärmer“, der gesellschaftlichen Verbotsheit und Verlogenheit, der Feigheit und Niedertracht. Peer Gynt ist nicht mehr und nicht weniger als der Mensch; ist die Menschheit, und ihr Sagen nach und ihr Ringen mit dem eigenen Selbst. Erreicht aber erreicht dieses Sagen und Ringen doch, daß wir auch bei bestem Willen zur letzten Vollkommenheit nie gelangen und daß unser Feind die Liebe ist. In dieser Liebe will Peer Gynt bis in elender Verblendung. Es ist die Liebe der Mutter Erde, die den verwanderten, müden Sohn in ihren Schoß aufnimmt. Und so sind diese beiden Frauen, die Mutter Erde und die ewige Frau Solweig nur Symbole. Die Erde verleiht ihr Kind und behält alle seine Schritte in ihr Verstricken. In der Jagd nach ihren Schätzen und Herrlichkeiten hat er das Beste übersehen, von sich gelassen: die Liebe. So blieb er ein überdes Erd und eine arme Seele. Was Peer Gynt aber gewinnt in weit höherer Nähe als andere Prover, ist das Schauen. Was der zu früh verblühende Georg Basse-Palma in die Ferne sieht:

Reife als Götter Kulturbühnen:  
Neben immer die nur können.  
Die zu ihm sich eine Kruppe  
aus erschlagenen Tenseln haben

bleibt was eingiger und größter Gewinn.

rollt wider eines Schmiertheaters auf, die in ihrem grotesken Humor Lachstürme hervorrufen. So hat trotz aller Schwächen auch dieser Film sein Gutes: er zwingt zum Lachen, und Lachen ist gesund. — Wenn man nach dem zweiten Film „Das Orubenegeheimnis“ — der ein Auslandsfilm ist — die Filmlänge des Auslandes messen wollte, würde man zu einem vernünftigen Urteil kommen. Die deutsche Filmlänge trotz ihrer Auswüchse liegt zum Glück über diesem üblen Auslandsprodukt.

## Aus Polen.

### Renegatentum.

Von der polnischen Regierung ist für den abgetretenen Soldaten Bezirk der Hofschullehrer Satorwski aus Reidenburg ein Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zum Landrat von Soldau ernannt worden. Diese Ernennung soll, Pressemeldungen zufolge, auf die Tätigkeit des Schneiders Szloch, gleichfalls Mitglied der Sozialdemokratischen Partei — zurückzuführen sein, der schon seit etlichen Monaten bei der Warschauer Regierung tätig ist. Die Nachricht von der Ernennung Satorwski hat in Reidenburg und Umgebung ungeheure Aufregung hervorgerufen. Satorwski hat sich immer und überall als echter deutscher Mann hingestellt. Als vor einiger Zeit gelegentlich der Bewilligung einer Spende für den Heimatverein die deutsche Gesinnung des Stadtverordneten, Stadtklerkers Fand, angewiesen wurde, hat Satorwski in eindringlicher Weise behauptet, daß nicht nur der Genosse Fand, sondern auch er (Satorwski) und alle sozialdemokratischen Stadtverordneten echte deutsche Männer seien und bleiben wollen. Erst noch am 13. v. Mts. hat Satorwski in der Generalversammlung der freien Turnerschaft, deren Vorsitzender er ist, darauf hingewiesen, daß bei der bevorstehenden Abstimmung über Besetzung unserer Stadt durch die Entente, jeder treu zum deutschen Reiche stehen, auf seinem Posten aushalten und sich durch nichts verblüffen lassen solle. Am Donnerstag, den 22. v. Mts., fuhr nun Satorwski mit dem Buchdrucker Masolla, der gleichfalls seine polnische Gesinnung stets und ständig abgelegt hat, nach Soldau, um das Amt des Landrats zu übernehmen. Daraus wurde aber nichts. Sowohl der stellvertretende polnische Bürgermeister als auch der polnische Ortskommandant Baron v. Petrus lehten ihn ab, weil die gesamte deutsche und polnische Bürgerschaft in einer Eingabe mit vielen hundert Unterschriften bei der Regierung in Warschau gegen die Ernennung zum Landrat Protest eingelegt haben. Satorwski erbat nun die Erlaubnis, ein Telegramm an die Warschauer Regierung senden zu dürfen. Auf diesem Telegramm hat er seinen Namen bereits in polnischer Schreibweise unterzeichnet, sodas der polnische Bürgermeisterverwalter Welsinger ihm gegenüber sein Bedauern ausdrückte, daß ein preussischer Schullehrer so schnell seinen Namen zu schreiben verlernt habe. Mit dem Abendzuge kam Satorwski mit seinem Begleiter Masolla aus Soldau nach Reidenburg zurück. Auf dem Bahnhof wurden beide von der Grenzpolizei zu ihrer Sicherheit in Schutzhaft genommen, da sich die gesamte Bevölkerung äußerst erbittert über beide zeigte. Am Sonnabend mittag wurden sie wieder aus dem Gefängnis entlassen. Die freie Turnerschaft hat ihren Vorsitzenden Satorwski nach dem Bekanntwerden vorstehender Tatsachen sogleich aus dem Verein ausgeschlossen. Dasselbe hat der sozialdemokratische Verein getan, dessen Vorsitzender Satorwski gleichfalls war. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Regierungspräsidenten zu bitten, die Festsetzung der Wahl des Satorwski als Ratmann aufzuheben und ihn aus der Stadtverordnetenversammlung auszuschließen. — Einige Tage später hat Satorwski über Felder die nächste Eisenbahnstation Ostfeld zu erreichen versucht und ist aus Reidenburg geflohen. Durch Regierungs- und Schulrat Schrader aus Allenstein ist er von seinem Lehramt entbunden worden. Wie weiter mitgeteilt wird, war Satorwski Vertrauensmann des hiesigen Heimatvereins. In dieser Eigenschaft hat er zahlreiche Unterschriften für das Deutschtum gesammelt. Wir freuen uns, daß sowohl die Parteiorganisation Reidenburgs, wie auch die freie Turnerschaft sofort reinen Tisch mit diesen Renegaten gemacht hat. In ostpreussischen Parteitreifen war die Polenfreundlichkeit verschiedener Reidenburger örtlicher Parteigruppen längst kein Geheimnis mehr, obwohl man ihnen bisher direkt nichts nachsagen konnte, dieselbe von ihnen auch stets bestritten wurde. Mit Misstrauen, und wie sich jetzt zeigt, mit berechtigtem, wurde deren Verhalten — nebenbei bemerkt machte man in Reidenburg gern in ultraradikalen Tönen — stets betrachtet. Wir hoffen, daß der Parteitag der ostpreussischen Partei, der in diesen Tagen zu Königsberg tagt, Gelegenheit nimmt, ein ernstes Wort zu dieser Angelegenheit zu sprechen und mit dem Renegatentum der Satorwski, Fand u. a. endgültig Schluß macht.

## Theater und Konzerte.

### Stadttheater.

Oper: „Peer Gynt“.

Das Schauspiel hatte gestern einen großen und guten Tag. Es gab zum ersten Male in Danzig den „Peer Gynt“ in der schändlichen Bearbeitung des Berliner (früher Königsbader) Schauspielhauses. Das Gedicht, das noch vor zwanzig Jahren als unauflösbar galt, wurde in deutscher Sprache zum erstenmal 1902 in Wien gegeben; nachdem es im Pariser (Comedie) bereits 6 Jahre früher herausgekommen war) ein Jahr später verankerte die Berliner Leistungsgesellschaft im „Theater des Westens“ eine Privatvorführung. Später ermöglichten dann sehr eingehende Umarbeitungen, die allerdings sehr wesentliche Änderungen nötig machten, auch Aufführungen auf angesehenen deutschen Bühnen.

Genau Jenseits, losgelöst von allen Rücksichten auf das Theater, ohne das Vorwort der Königen Form, in das er später mit höchster und bewunderter Freiwilligkeit ging, gibt hier ein Stück, in dem das Gold philosophischer und dichterischer Ideen in breiten Schichten und Systemen gegrandet ruht. Was uns Deutschen der Jung, ist den Nordländern diese Richtung von Peer Gynt, die deutlich, im Schlagswort von Georg Weibichsen sogar überdeutlich, den Stempel der Heimlichkeit des größten deutschen Dichters trägt. Es ist um den „Peer Gynt“ viel herumgeheimnist und mit bezaubernden Sätzen und hochgelegenen Sätzen geschmeißelt und geschrieben worden. Regierendes ist es so klar und einfach wie alles Groß. Peer, eine wilde Sturmmarie, ein Gemisch aus Faust, Hamlet, Don Quixote, Don Juan und Mephisto, ein Mensch, dessen Seele beim Verirren in der Seele mit dem Stern spielt. Ein Unzufriedener, ein Ausnahmestück, für den auch Ausnahmestücke gelten. Ist der Träger der gesamten Menschheitstragik bis zu den letzten Ausflügen des Kampfes zwischen Geist und Stoff. So sehen und begreifen wir ihn auf allen Stufen seines Gottsuchens. Wie er, noch ein halber Knabe das Wort der mahnenden Mutter mit fester, reifer, Abwege geht, tolle Jagdbewerber hat, bei einem Gedächtnis die Braut entführt, eines Lebenswunders Zeuge sein, Liebe verweigert, sich mit Trollmädchen vergnügt, sein eigenes Verlangen, wie er dann auf wilden Fahrten in Amerika Handel mit Elfen, Sibirien, Franzosen und Missionaren treibe, an der

Zu dem Gedichte schrieb, auf des Dichters Einladung, sein Landmann Edward Grieg jene ergreifende, in reinste Lyrik getauchte Musik, die viel zur raschen Berühmtheit des „Peer Gynt“ beitrug.

Die gestrige Aufführung, die mehr als vier Stunden in Anspruch nahm, war die erste belanghafte Tat in dieser Spielzeit, und der Erfolg blieb dann auch nicht aus. Die schändliche Bearbeitung des Gedichtes schlägt Jbsen arg ins Gesicht; das Werk, das u. a. Christian Morgenstern meisterlich verdeutschte, wird auf zehn oder elf Szenen verkrüppelt, aber man wählte wohl diese Bearbeitung mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die die Veranlassung des Originaltextes selbst bei starken Streichungen niemals an einem Abend ermöglichen hätten. Jedenfalls kann man Gneil Marx keinen Vorwurf machen, daß statt des „Peer Gynt“ eine Abenteuer-Revue aus der Dichtung wurde, und daß, was Jbsen gewollt und gemeint hat, umgebildet wurde in eine höhere, Weise um die Welt in 80 Tagen“. Aber daß er mit den kümmerlichen Mitteln unseres Theater solches zustande brachte, ist höchsten Lobes wert, ist es schon, weil er überhaupt den Mut hatte, zu dieser Unternehmung. Walter Jung hatte vor Wochen in Hagen Hamlet gespielt und auch den dem Peer sehr verwandten Hjalmar Ekdal verstanden. In gleicher Weise sollte er auch seine Riesenrolle an. Wegen zahlreicher Fehlgriffe will ich hier mit ihm nicht rechnen, kann es schon wegen der Raumverhältnisse nicht, doch seine Charakteristik war sehr klar und scharf, gab wirksam die Steigerungen des Alters, und er sprach auch diesmal verständlich und verständlich. Deshalb ist es doppelt schade, wenn er anfangs, vielleicht durch falsche Sprachbehandlung, sein Organ zu zerstückeln, mozt er nach den Beobachtungen in letzter Zeit auf dem besten Wege ist. Jeany v. Döber war die alte, verheiratete Mutter Kase, prachtvoll in der Art ihres Lebens und ihrer Liebe und im Glanz der Sterbestunde; da kann weder Jiska Gränning noch Paula Corrad mit, das soll gesagt sein. Solweig: Adele Creugnach; obwohl ich sie mir etwas herber, nordhafter denke, doch ganz im Reichte ihres Dargestand, ihrer klugen, gütigen Götterzeit. Wenn sie die Worte spricht: „Auf Schneeschuhen zog ich heute aus, man fragte mich wohin, ich sprach nach Sau“, möchte man dem Peer an die Kehle. (Und man darf nicht daran denken, daß sie nun bald fortweicht von uns fortzucht.)

Wilibald Omarsowski.

## Die Danziger Werft stillgelegt.

Durch Aufrufschlag und Veröffentlichungen in dem Anzeigenteil der Zeitungen gibt der Magistrat bekannt, daß die Verweigerung der Genehmigung für Prof. Nos sowie fordernde Verträge gegen die Arbeitsordnung und Eigentumsvergehen im wachsenden Umfange die Schließung der Werft erfordert, da durch die Disziplinlosigkeit der Betrieb der Werft demotiviert sei, daß der Erfolg der in Angriff genommenen Umstellung des Werftbetriebes auf eine wirtschaftliche Grundlage in Frage gestellt sei.

Sämtliche Arbeiter sind entlassen worden. Der Lohn wird für die Dauer der Abfindungsfrist weitergezahlt. Bei einer Wiedereröffnung des Betriebes, die, wie uns mitgeteilt wird, in etwa acht bis zehn Tagen erfolgen wird, kommen nur solche Arbeiter für eine Wiedereinstellung in Frage, die sich auf dem Boden der vom Betriebsrat in der Betriebsversammlung am 2. Februar vorgelegten Entschlüsse stellen. Eingestellt werden nur die Arbeiter, die sich innerhalb drei Tagen nach ergangener Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt haben. Unter den sich zur Arbeit meldenden Personen wird noch eine Auswahl vorgenommen werden.

Wir billigen keineswegs die Ausschreitungen gegen Professor Nos und das Vorgehen gewisser Elemente, die die Annahme der genehmigunggebenden Entschlüsse hintertrieben. Dennoch aber ist es mehr als fraglich, ob alles das — selbst Baruntreibungen zugegeben — zu der Schließung der Werft und damit der Brotlosmachung sovieler Arbeitsträger berechtigt. Wenn der Magistrat sich auf die Schließung der Eisenbahnhauptwerkstätten im Reich berufen will, so stimmt der Vergleich nicht. Dort wurde vielfach nicht gearbeitet, während in letzter Zeit auf der Danziger Werft — das wird niemand bestreiten können — durchaus produktive Arbeit geleistet worden ist. Hoffentlich gelingt es dem Betriebsrat, durch Verhandlungen mit dem Magistrat zu einer baldmöglichen Wiedereröffnung der Werft zu bewegen.

## Der Draht zwischen Berlin und Danzig zerfällt.

Seit Sonnabend nachmittag ist Danzig ohne Fernsprechverkehr mit Berlin.

Der hiesigen Oberpostdirektion ging gegen 4 Uhr die Nachricht zu, daß das Netz der drei Kabel, die den Fernsprechverkehr nach Berlin dienen, hinter Königsberg durch die Polen zerstört worden sei, wahrscheinlich ist es durchschnitten worden. Es handelt sich hierbei offenbar um ein systematisches Vorgehen, das den Zweck haben soll, Danzig in jeder Beziehung lahm zu legen.

Das Vorgehen der Polen scheint sich jedoch nicht allein auf den Fernsprechverkehr zu erstrecken. Bei dem hiesigen Haupttelegraphenamte liefen auch verschiedene Meldungen über Störungen im Telegraphenverkehr ein, die ebenfalls darauf hindeuten, daß Leitungen zerstört sein müssen. In dieser Beziehung konnte Gewißheit noch nicht erlangt werden. Daß jedoch jetzt auch die letzte der Abteilungen des Berliner Telephonverkehrs absichtlich zerstört wurde, unterliegt keinem Zweifel.

Die Oberpostdirektion hat sich sofort an die hiesige polnische Delegation gewandt. Es erschienen darauf mehrere polnische Offiziere im Haupttelegraphenamte, die erklärten, daß der bedauerliche Vorfall nur auf ein Mißverständnis oder die Ungehörigkeit eines polnischen Abteilungsleiters zurückzuführen sei. Man werde sofort versuchen, der Ursache nachzugehen.

## Die Verzollung der Messiggüter.

Die zolltechnische Behandlung der Güter für die Danziger Frühjahrsmesse ist jetzt in folgender Weise geregelt worden: Die Messiggüter sind möglichst bei dem für den Abhandlungsort zuständigen Zollamt anzumelden und werden dann von diesem unter Zollvorbehalt auf Danzig abgelassen. Ueber den Inhalt sind Verzeichnisse in doppelter Ausfertigung nach den Bestimmungen und Nummern des statistischen Warenverzeichnis abzugeben und zollamtlich festzustellen. Eine Ausfertigung erhält der Aussteller zurück. Die in Danzig ankommenden Fracht- und Postgüter werden auf dem Messigelände zollamtlich abgefertigt. Sie werden ohne jede Schwierigkeit befördert werden; es bedarf hierzu einer besonderen Ein- und Ausfuhrerlaubnis durch den Reichskommissar nicht. Ausstellungsgüter, die bereits in Danzig ohne Zollabfertigung eingegangen sind, werden nachträglich durch Messigzollamt vorgeführt. Seitens des Reichsfinanzministeriums ist zugesagt worden, daß die in Frage kommenden Zollämter und Grenzstationen Groß-Polska, Königsberg und Dirschau Anweisung erhalten werden, daß die Messiggüter in entgegenkommendster Weise und unverzüglich abgefertigt werden sollen. Die im Reiseverkehr ankommenden Packstücke werden von dem Messigamt am Hauptbahnhof übernommen und dem Messigzollamt zugeführt werden. Es ist ferner für die Aussteller jede Sicherheit bezüglich schneller Abfertigung gegeben.

## Die Reichswehr verabschiedet sich.

Zu den Skandalaffären, die die deutschen Kommunisten in der letzten Zeit in Danzig heraufbeschworen haben, hat sich ein neuer Fall gestellt. Im Wartesaal 4. Klasse des Hauptbahnhofes entspann sich Sonnabend abend gegen 8 Uhr zwischen etwa 10 Soldaten der Reichswehr (N. R. 128) und etwa 100 Zivilpersonen ein Streit, der schließlich zu einer wüsten Schlägerei ausartete. Die Soldaten zogen das Seitengewehr und hieben auf die Zivilisten ein. Hingeworfene Bürgerwehrleute, die einen besonders hart bedrängten Zivilisten nach der Bahnhofswache in Sicherheit bringen wollten, waren gegenüber den nachdringenden Soldaten machtlos. Beim Eintritt in das Wachtszimmer erhielt der Arbeiter Arthur Beck einen Stich in die Herzgegend, der den baldigen Tod des Betroffenen zur Folge hatte. Ein Soldat wurde durch Messerschläge erheblich verletzt, so daß er nach dem Garnisonlazarett überführt werden mußte. Durch weitere hinzueilende Soldaten nahm die Schlägerei immer größeren Umfang an. Die Soldaten mußten sich schließlich das Feld räumen und die Flucht ergreifen. Es wurden ihnen noch einige Schüsse nachgeschossen, die jedoch fehlgingen, so daß kein weiteres Opfer gefordert wurde.

## Wilhelm im Siegerkranz.

Von bürgerlicher Seite geht uns folgende Schrift zu: Am Sonntag, beim Auszuge der letzten deutschen Truppen aus Danzig sangen die Mitwanderer in der Straßenallee und auf dem Hofe der Krantafabrik das Kaiserlied. Klang das „Deutschland, Deutschland über alles“ noch voll, so wurde das Kaiserlied doch merkwürdig dünn. Man sagte sich doch wohl, daß dieses Lied jetzt innerlich unwahr und dazu taufel ist. Die Soldaten haben den Eid auf die Verfassung der Republik abgelegt, und es ist doch wirklich nicht ihre Aufgabe, ihrer Regierung in den Rücken zu fallen. Die Soldaten dürfen jetzt hauptsächlich monarchistische Sieder tragen, wie früher republikanische. Die Truppe kann nur ein Organ der Regierung sein, sonst erhält sie ihren Sold nicht und muß sich für die Regierung einsetzen.

Das Kaiserlied was nicht für den letzten, sondern für den ersten deutschen Kaiser gemacht, das muß man doch überdenken, wenn man es abjungen will. Wie steht es denn um den jetzt noch lebenden Kaiser? Wie paßt das Kaiserlied auf ihn? Wo ist sein Siegerkranz und welches Vaterland beherrscht er? Hat er feigheit und ist die hohe Wonne genossen, ganz Völkchen des Volkes zu sein? Hat er denn je geglaubt, daß die feilsche Götter, wo fürsten stehen, nicht durch Koh und Meißel gesichert werden? Was auf ihn je das Wort des Grafen Werder von Müritzenberg zu, daß sein Land ein Steinob verbergen hält, daß er in Wäldern noch so groß sein Haupt kann fählich legen, jedem Untertan in den Schoß? Hätte er sein Haupt auch nur einem der Millionen von Sozialdemokraten anvertraut? Hat er nach der Diebe des freien Völkchen gestrebt? War er des Völkchen Bier und gar der Menschheit Stolz? Hat die Menschheit nicht ganz anders über ihn gedacht?

Die Monarchisten machen sich einfach lächerlich, wenn sie jetzt noch das Kaiserlied singen. Ganz eigenartig mutet dieses Lied aber an, wenn es in der Danksagung auf der Straße gesungen wird. Das wirkt nur herausfordernd und führt zu Gegenüberstellungen, die verurteilt werden können. Die Monarchie dürfte wohl für immer begraben sein; jedenfalls können wir im Freistaat Danzig keinen Kaiser gebrauchen.

## Achtung! Bezirksversammlungen!

2. Bezirk (Königsberg): Am Dienstag, den 10. Februar, abends 6½ Uhr bei Kramitzl, Gr. Schmalzengasse 18. Referent: Genosse Follen.

3. Bezirk (Neufahrwasser): Am Mittwoch, den 11. Februar, abends 6 Uhr im Restaurant „Zur Hofnung“, Albrechtstraße 19. Tagesordnung: 1. Vortrag von Genossen Döpp. 2. Befragung der Bezirksleitung. 3. Beschluß. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert.

## Arbeiter-Bildungsanstalt.

Karten für den Vortrag des Genossen Dr. Zint über Verfassungswesen sind zu haben: im Parteibüreau 4. Stamm Nr. 711, in den Verkaufsstellen der Volkstimme, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse, in den Zigarrengeschäften Sellin, Schäffelmann, und Gotthe Nachf., Lange Brücke, sowie bei den Vertrauensleuten. Zeit: Mittwoch, den 11. 2., abends 7 Uhr. Ort: Aula Winterplatz.

Bericht über die Tätigkeit des städtischen Arbeitsamts im Monat Januar 1920. Arbeitsuchende: männlich 8826, weiblich 2460, zusammen 11286. Offene Stellen: männlich 1728, weiblich 718, zusammen 2446. Befehle Stellen: männlich 1559, weiblich 490, zusammen 2049. Seit dem 1. April v. J. beträgt die Zahl der Arbeitsuchenden: männlich 56515, weiblich 16780, zusammen 73295; offenen Stellen: männlich 15905, weiblich 6923, zusammen 32828; besetzten Stellen: männlich 28527, weiblich 3910, zusammen 32437.

Erweiterung der Feuerbestattungsanlage. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, wonach bei der Feuerbestattungsanlage eine Fläche von etwa 1518 Quadratmeter entsprechend einem Kostenanschlag von 12000 Mk. hergerichtet werden soll. In der Begründung der Vorlage heißt es: Es muß rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß für die Bestattung von Aicherresten die erforderlichen Flächen bereitgestellt und daß sie auch bereits mit etwas herangewachsenen gärtnerischen Anlagen versehen sind, wenn sie in Benutzung genommen werden, weil sonst der Friedhof einen zu starken Eindruck machen würde. Das ist in Frage kommende Gelände ist bereits eingezäunt, entbeht aber noch des gärtnerischen Schmuckes. Mit der Bepflanzung soll Anfang März d. J. begonnen werden.

Gleichzeitiges Verhältnis zwischen Preisen und Einkommen. Beim Stadtverordnetenbureau ist eine Eingabe der Verbraucherkammer eingegangen, in der die Stadtverordnetenversammlung gebeten wird, sich auf den Boden einer Entschleunigung zu stellen, die ein festes Verhältnis zwischen den Preisen einerseits und den Gehältern, Löhnen, Renten usw. andererseits schaffen will. Es wird darauf hingewiesen, daß die fortgesetzte Preissteigerung die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Schicksal. Lohn und Rente ständig verschlechtert. Durch diese Instabilität entsteht eine fortwährende wirtschaftliche Unruhe, die unsern Wiedereintritt sehr schädlich ist und es verhindert, daß wir in ruhige Verhältnisse kommen. Das Ziel der Eingabe ist die Sicherung gleichbleibender Durchschnittspreise. Die beteiligten Stellen und Kreise würden sich vielleicht weniger leicht zu einer Preissteigerung verstehen, wenn ihnen die logische Folgerung vor Augen geführt wird, daß jede Preissteigerung selbstständig eine Steigerung der Löhne, Gehälter usw. nach sich zieht.

Zum Vorsitzenden des Schwurgerichts, das am 28. Februar zusammentritt, ist Landgerichtsrat Dr. Witte ernannt worden.

Das Kuratorium des Danziger Stadtmuseums besteht nach dem mit den Erben des Erbprinzen Karl Gottfried Klotz abgeschlossenen Vertrage aus dem Stadtbürgermeister und 11 Mitgliedern, von denen eines vom Magistratskollegium aus der Zahl der Stadträte, zwei von der Stadtverordnetenversammlung aus der Zahl der Stadtverordneten zu wählen sind, und die übrigen acht vom Kuratorium bestellt werden. Die Wahl erfolgt auf 4 Jahre. Bisher waren von der Stadtverordnetenversammlung bestellt die Herren Siebenfreund und Schade, für die eine Ersatzwahl vorgenommen werden muß. Die vom Kuratorium bestellten Mitglieder sind jetzt Professor Garten, Dr. Dommig, Kaufmann Dommig, Professor Matthäi, Professor Wuhle, Kommerzienrat Stoddart, Rechtsanwalt Szymanski und Stadtbibliothekar Dr. Schwarz.

Ausgabe der Fleischkarten. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekannt gemacht, daß die neuen Fleischkarten am Dienstag, den 10., und Mittwoch, den 11. Februar, gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 162 und des Stammes der alten Fleischkarten herausgegeben werden.

Töbliches Mordverbrechen. Am Sonnabend Mittag gegen 12 Uhr verunglückte auf dem Langfurter Flugplatz der Schepiott Willi Wendt, der in Dienste der Danziger Luftreederei stand. Der 23jährige Mieger, der in Langfurte wohnte und verlobt war, machte in Gegenwart von Bekannten Probeflüge. Zum Schluß flog er noch einmal in geringe Höhe von etwa 100 Meter auf. Der Motor war nicht ganz in Ordnung und er kam mit Gas herunter. Er wollte dicht vor der Flugzeughalle landen. Als er auf den Boden aufstieg, entstand eine Explosion, und im Augenblick entzündete sich das Gas, und das Flugzeug stand in Flammen. In kurzer Zeit war es mit dem Mieger verbrannt. Man fand die Leiche schwarz gebrannt, nackend und in gekrümmter Lage. Ein anwesender Freund des Verunglückten, Dr. med. Hartmann, konnte nur noch den Tod feststellen.

## Gekochte.

Eine Strafe? Der Ombudsman Paul Briestorn in Gemäßigter fütterte seine Herde mit Roggen, statt mit Hafer, was zur Hungertode führte. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe.

urteilte ihn jetzt wegen Verfüllens von Brotgetreide zu 200 Mark Geldstrafe.

Solche Strafen stehen in keinem Verhältnis zu dem Verbrechen, das hier gegen ein ganzes Volk begangen worden ist. Wir leiden Hunger an Brot und Kartoffeln. Kein Korngetreide sollte verfüllt werden. Aus schänder Gewinnsucht ist hier gegen diese Anordnung verstoßen worden. Der teure Hafer wurde verkauft und dafür das billigere Brotgetreide verfüllt. Der Erfolg solcher Vorgehens ist der, daß wir jetzt weniger Brot erhalten.

Polizei-Bericht vom 6. u. 9. Februar 1920. Verhaftet 24 Personen, darunter: 15 wegen Diebstahls und 9 in Polizeitraf. — Gejunden: 1 Saal mit 2 Fensterordnungen, 4 K. alten Gardinen, 1 Bettfeder und 1 K. Decken, abgehoben aus dem Fundbureau des Volkspolizeibüros.

## Wasserstandsberichte am 8. Februar 1920.

gestern heute		gestern heute	
Thorn . . . . .	2,20 — 2,39	Dirschau . . . . .	2,28 — 2,32
Fordon . . . . .	2,05 — 2,19	Dirschau . . . . .	2,74 — 2,78
Guim . . . . .	2,04 — 2,10	Einlage . . . . .	2,68 — 2,48
Gründberg . . . . .	2,22 — 2,28	Schlewenhaff . . . . .	2,56 — 2,48
Kurzbrack . . . . .	2,59 — 2,83	Wolfsdorf . . . . .	— 0
Montauerzitze . . . . .	2,17 — 2,20	Anwachs . . . . .	1,08 — —

## Standesamt.

Todesfälle: Frau Johanna Schulte geb. Barndt, 76 J. — Frau Katharina Strauß geb. Penner, 68 J. 9 M. — Verkauferin Franziska Siegel, 89 J. 6 M. — Verkauferin Marie Schmiedewitz, 89 J. 9 M. — Kaufmann Paul Rudolph, 67 J. 8 M. — Witwe Mathilde Drans geb. Ziemann, 74 J. 4 M. — Schuhmacher Joseph Walder, 47 J. 5 M. — Erich Baumgardt, 18 J. 7 M. — Tochter des Reichswehrmanns Karl Seewald, 8 M. — Witwe Rosalie Dohndorf geb. Gohl, 69 J. 8 M. — Sohn a. D. Bernhard Ritschmann, 67 J. 7 M. — Ordensschweester Thimomente Pruzula Simentowksi, 26 J. 9 M. — Frau Marie Hinz geb. Marquardt, 28 J. 11 M. — Witwe Elise Neubauer geb. Wrens, 75 J. 8 M. — Tochter des Stellmachers Leo Przechlewski, 1 J.

## Aus dem deutschen Osten.

Schneidemühl. Das Schwurgericht beurteilte am Sonnabend den Eisenbahnkassierer Otto Perleberg, der als Hauptschuldiger mit den Russen Wogezyl und Jachurski am 20. Januar vorläufig das furchtbare Eisenbahnunglück herbeiführte, zum Tode.

Perleberg antwortete auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, mit ja. Ueber die Vorgänge, die zu dem schrecklichen Verbrechen führten, gab Perleberg nach folgendem an: Im Sommer 1919 hatte ich, nachdem meine aus Rußland mitgebrachten Lebensmittel erschöpft waren, meinen Unterhalt durch Ausführung von Diebstählen und Einbrüchen gesichert. Ich wurde gefaßt und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Gefängnis habe ich mich mit anderen Gefangenen über die Ausführung von Verbrechen unterhalten, und auch in der Zeitung las ich von einem Eisenbahnunfall. Da reifte in mir der Gedanke, auch ein solches Verbrechen in Szene zu setzen. Am 15. Januar ist es mit dem Gelingen, aus dem Gefängnis auszubringen. Die beiden Russen, die ich dann in Schneidemühl traf, sagten, wir müßten etwas Ordentliches machen. Ich machte ihnen den Vorschlag, einen Eisenbahnzug zum Entgleisen zu bringen. Die Russen waren damit einverstanden.

Der Sachverhalt des Unglücks wird von Sachverständigen auf fünf bis sechs Millionen Mark angegeben. Um 3 Uhr wurde der Spruch der Schwurjury verkündet. Das Urteil lautete wegen Mordes auf Tod und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

## Aus Polen.

Deutsche und polnische Valuta. Die Kaufleute in dem polnischen Westpreußen haben große Schwierigkeiten bei der Einführung der minderwertigen polnischen Mark. Die polnische Regierung wünscht, daß die polnische und die deutsche Mark gleichwertig behandelt werden. Auf dem Weltmarkt gilt aber die polnische Mark gegenüber der deutschen Mark als minderwertig. Die Kaufleute haben ihre Waren für die deutsche Mark eingekauft und wenn sie diese Waren jetzt für die polnische Mark abgeben sollen, erleiden einen entsprechenden Valutaausschlag nehmen zu dürfen, so erleiden sie erhebliche Verluste, oder sie müßten in Zukunft ganz darauf verzichten, aus Deutschland Waren zu beziehen, denn kaufen sie in Deutschland ein, so müssen sie mit deutscher Mark bezahlen. In Warschau und Thorn hat man den Kaufleuten gestattet, einen entsprechenden Zuschlag zu nehmen. In Schybnik und T. Stargard aber nicht. Bei dem Verbot zu widerhandelt, wird dort verhaftet. Die Kaufleute versuchen ihre Läden zu schließen, aber das wurde ihnen nicht gestattet. Sie müssen also mit Verlust verkaufen. Mit anderen Worten, das Geschäftslieben ist auf dieser Grundlage unmöglich. Eine neue Währung kann nur auf der Grundlage einer gemeinsamen Vereinbarung eingeführt werden.

## Rechte Nachrichten.

### Die Helfferich-Komodie.

Berlin, 7. Febr. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hatte, um eine Grundlage für die Zwangsvollstreckung zu gewinnen, den bekannten Strafbefehl an Dr. Helfferich durch Vermittlung des Amtsgerichtes zustellen lassen. Auf die hiergegen eingelegte Beschwerde Dr. Helfferichs hat das Landgericht die Zwangsvollstreckung durch das Amtsgericht für unzulässig erklärt.

### Die reaktionären Kleinbürger.

Basel, 8. Febr. In den Kantonen Basel und Zürich ist die Vorlage auf Einführung des Frauenstimmrechts in der Volksabstimmung verworfen worden.

### Richard Dehmel.

Der Dichter Richard Dehmel ist gestern vormittag in Blankensee im Alter von 57 Jahren gestorben.

### Spende amerikanischer Polen.

Bromberg, 7. Febr. (W. B.) Zur Unterstützung des polnischen Gewerbes hat der polnische Volksbund in den Vereinigten Staaten 11.250.000 Mark gespendet. Die Spende ist dem Landchaftsmarschall übergeben worden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Gomb, für den unpolitischen Teil: Kurt Schumann, für die Inzerate Bruno Gwert. Druck in Danzig. Druck und Verlag: J. Gohl & Co., Danzig.

Am Freitag, den 6. d. Mts., verschied plötzlich und unerwartet bei der Entbindung meine liebe Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter und Tochter  
**Marie Auguste Kozubek**  
 geb. Nilmoth (385 im Alter von 29 Jahren, 4 Monaten.  
 Das zeigen im tiefsten Schmerze an Die trauernden Hinterbliebenen  
**Joseph Kozubek**  
 nebst Kinder und Mittern.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 11. Februar, nachm. 8 Uhr, von der Leichenhalle des St. Kath. Kirchhofes, Halbe Allen, aus statt.

**Sozialdemokr. Verein Danzig - Stadt.**

Am Freitag verstarb plötzlich unsere Genossin  
**Frau Marie Kozubek.**  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Febr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St.-Katharinen-Kirchhofes aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**  
 393)

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Fortdauernde Verstöße gegen die Arbeitsordnung, Eigentumsvergehen in wachsendem Umfang und die allgemeine Disziplinlosigkeit haben zu einer solchen Gefährdung des Betriebes der Danziger Werft (früheren Reichswerft) geführt, daß der Erfolg der in Angriff genommenen Umstellung des Werftbetriebes auf wirtschaftliche Grundlage und produktive Arbeit in Frage gestellt ist. Die Vorgänge, die sich am 27. Januar auf der Werft abgespielt und bedauerlicherweise zu Beleidigungen und tätlichen Angriffen auf den Werftleiter Herrn Prof. Nos, geführt haben, haben bewiesen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse im Betriebe unhaltbar geworden sind. Unsere Bemühungen, Herrn Prof. Nos, die im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin erforderliche Genugtuung durch Erklärungen seitens der Arbeiterschaft zu verschaffen, haben leider zu keinem Ziele geführt. Wir sind daher genötigt gewesen, die Werft zu schließen.

Für die Dauer der Kündigungsfrist wird der Lohn weiter gezahlt. Die Art und Weise in welcher die Auszahlung erfolgt, wird noch bekanntgemacht werden.  
 Bei einer Wiedereröffnung des Betriebes, über die Bekanntmachungen noch ergehen werden, kommen nur solche Arbeiter für die Einstellung in Frage, die sich auf den Boden der Entschließung stellen, welche der Betriebsarbeiterrat der Betriebsversammlung der Arbeiterschaft am 2. Februar ds. Js. zur Annahme vorgelegt hat. Die Meldung zur Arbeit auf der Werft wird daher die Erklärung in sich schließen, daß der Arbeitssuchende die einzelnen Vorgänge vom 27. Januar, insbesondere die gegen Herrn Prof. Nos gerichteten Beleidigungen und Angriffe auf das Schärfste verurteilt und bedauert.

Bei der Wiedereröffnung des Werftbetriebes wird unter den sich zur Arbeit meldenden Personen eine besondere Auswahl vorbehalten.  
 Arbeiter, die sich innerhalb 3 Tage trotz ergangener Aufforderung zur Aufnahme der Arbeit nicht auf der Werft einfinden, werden nicht wieder eingestellt und verlieren den Anspruch auf Lohnzahlung.

Danzig, den 7. Februar 1920. 387  
**Der Magistrat.**

Arbeiter der Danziger Werft (Reichswerft), die unter Anerkennung der für die Wiedereinstellung bekanntgemachten Bedingungen (Bekanntmachung des Magistrats vom 7. Februar) bereit sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, werden ersucht, sich schriftlich unter Angabe der Adresse, des Handwerks und der Markennummer unverzüglich bei der Direktion der Danziger Werft zu melden.

Etablierung zur Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt durch schriftlichen Beschleiß der Werfteleitung. 395  
 Danzig, den 9. Februar 1920.  
**Der Magistrat.**

**Ausgabe der Fleischkarten.**  
 Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 5. Juni 1917 machen wir bekannt:  
 1. Die neuen Fleischkarten werden an die Haushaltungen am Dienstag, den 10. und Mittwoch, den 11. Februar gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 162 und des Stammes der alten Fleischkarte bei den Fleischverkäufern ausgegeben, in deren Kundenbüchern die Hausnummern sich haben eintragen lassen.

2. An den vorgenannten Tagen sind die Fleischverkaufsstellen wie an den Fleischverkaufstagen den ganzen Tag geöffnet zu halten. Die Ausgabefolge sind innezuhalten, da die Fleischverkäufer an anderen Tagen zur Ausgabe nicht verpflichtet sind.  
 3. Die Fleischverkäufer haben die vereinbarten Hauptmarken Nr. 162 sowie die Stämme der vereinnahmten Fleischkarten ordnungsmäßig verpackt und abgezählt in der Zeit von Sonnabend, den 21. bis Montag, den 23. Februar der Rührungskartentafel, Pfefferstadt 33/35, Vordergebäude, 1 Treppe, im Saal, Stelle 11, einzureichen. Bis zum 23. Februar, mittags 3 Uhr, müssen sämtliche Abrechnungen eingereicht sein. Vor dem 21. Februar eingereichte Abrechnungen können nur dann abgenommen werden, wenn alle Kunden des betreffenden Fleischverkäufers ihre Karten abgeholt haben.  
 Danzig, den 7. Februar 1920. 391  
**Der Magistrat.**

Vom 9. d. Mts. sind die Geschäftsstellen der staatlichen und der städt. Steuerverwaltung wie folgt untergebracht:

1. Staatssteueramt I für den Stadtkreis Danzig (zuständig für Staatseinkommen-, Ergänzungs- und Besitzsteuer) im Altstadt. Rathaus, Pfefferstadt 33/35, Mittelgebäude.
  2. Städt. Steuerverwaltung E (zuständig für Gemeindeeinkommen-, Wohnungssteuer, Kanal- und Müllabfuhrgebühr) im Altstadt. Rathaus, Pfefferstadt 33/35, Mittelgebäude.
  3. Städt. Steuerverwaltung R (zuständig für Grundstücks- und Gewerbe-Umsatzsteuer, Grundbesitzabgaben und für alle sonstigen unter 1 und 2 nicht genannten Steuern) St. Elisabethwall 9 III.
  4. Staatssteueramt II für die Landkreise Danzig-Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder (zuständig für Staatseinkommen-, Ergänzungs- und Besitzsteuer) St. Elisabethwall 9 III.
  5. Städt. Einziehungsamt, Pfefferstadt 36 I.
  6. Städt. Steuerkasse, Altstadt. Rathaus, Pfefferstadt 33/35, Mittelgebäude, Erdgeschoss.
- Dienststunden für das Publikum  
 zu 1 bis 5 von 10 bis 1 Uhr,  
 zu 6 von 8<sup>1/2</sup> bis 1 Uhr.  
 Danzig, den 7. Februar 1920.  
 Die Staatssteuerämter I u. II.  
**Der Magistrat (Steuerverwaltung).**

**Neuerscheinung**  
**NEUE SAAT**  
 Gedichte von Karl Klaeber.  
 Preis Mk. 1.50

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und fühlt, ein Arbeiter, der tritt mit diesem Werkchen vor die breite Öffentlichkeit. Kein Versmacher, sondern ein Dichter, der die innere Beratung in sich fühlt. Das Büchlein ist durchweicht von glühender Liebe zur Freiheit. Es ist so recht geeignet uns zu lehren und zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

**Buchhandlung „Volksstimme“**  
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Flügel und Pianos,**  
 gebrauchte, auch reparaturbedürftig, kauft zu höchsten Preisen 384

**M. Bachofen, Pianofabrik,**  
 Langgarten Nr. 101. Fernruf 1895. Hasdeberggasse Nr. 79.

**Vorderzimmer**

für Annahme einer Dampf-Wäscherei gesucht  
 Wohnungsinhaber kann Annahme mit gutem Verdienst übernehmen. Off. u. S. a. d. Exp. d. Ztg. 386

**Für Theater und Ball**

- Theater-Schals**  
 aus Batik-Seide,  
 Mohair oder Tüll . . . 50,— 35,— 27,50 **18,50**
- Ball-Hauben**  
 aus Seide . . . . . **38,50 29,50**
- Fächer aus Gaze**  
 entzückende Muster . . . 19,50 14,50 **9,50**
- Fächer aus Holz**  
 glatt und bemalt . . . 7,50 5,50 3,50 **2,50**

- Tüll-Volant** 383  
 weiß und schwarz in eleganten Aus-  
 führungen . . . . . 48,00 32,00 26,00 **21,00**
- Tüll-Volant**  
 weiß und schwarz, mit Gold und Silber  
 gestickt . . . . . 48,00 40,00 **36,00**
- Baumwoll-Tüll**  
 100 cm breit, in weiß, creme, rosa und  
 schwarz . . . . . 19,50 18,50 **17,50**
- Seiden-Tüll**  
 fertig für Kleider 100cm breit 14,50 12,50 **7,50**

**FREYMANN**

**Stadttheater Danzig.**

Direktion: Rudolf Schaper.  
 Montag, den 9. Februar 1920, abends 8 Uhr  
 Dauerkarten D 1.  
**Madame Butterfly**  
 Tragödie einer Japanerin von L. Illica u. G. Giacosa.  
 Musik von Giacomo Puccini.  
 Dienstag, den 10. Februar 1920, abends 8 Uhr  
 Dauerkarten E 1.  
**Bildschneider**  
 Tragödie armer Leute von Karl Schönherr.  
 Hierauf Aindertragödie  
 in 3 Akten von Karl Schönherr.  
 Mittwoch, den 11. Februar 1920, abends 8 Uhr  
 Dauerkarten A 2.  
 Zum 10. Male.  
**Die Frau im Hermelin**  
 Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.  
 Donnerstag, den 12. Februar 1920, abends 8 Uhr  
 Dauerkarten B 2.  
**Die lustigen Weiber von Windsor**  
 Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von Nicolai.

**Wilhelm-Theater**

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer  
 Bühnenleitung Willy Kolmann.  
 Montag, den 9. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Die schwebende Jungfrau,**  
 Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach.  
 In Vorbereitung: **Kleine Hoheit.**  
 Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei  
 Bruno Kodlin, Langermark 23.

**Arbeiter-Bildungsanstalt.**

Am Mittwoch, den 11. Febr., abends 7 Uhr  
 in der Aula des städt. Gymnasiums, Winterp. 23  
**Vortrag über Verfassungswesen.**  
 Vortragender Herr Dr. Jint.  
 Nach dem Vortrag Meinungs-austausch.  
 Einlasskarten zum Preise von 50 Pfg. sind im  
 Parteibüro 4, Damm 7 II, in den Verkaufsstellen der  
 Volksstimme, Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32  
 und in den Zigarren- und Schnupftabak-Handlungen,  
 und Gellike Nachf., Lange Brücke, sowie bei den  
 Vertrauensleuten zu haben. (388)  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet D. O.

**Zigarren-Spezialhaus**  
**Johannes Hohmann**

Danzig Riesenburg Wpr  
 1. Geschäft Elisabethkircheng. 8 Königstr. 9.  
 2. Ketherhagergasse 6.  
 Empfehle mein gut sortiertes Lager in Zigarren,  
 Zigaretten, Rauch-, Kau-, Schnupf- u. Shagtabake aus  
 ersten Häusern. In- und ausländische Fabrikate.  
 Telephon 2415 u 747. (f)

**Zentralverband der Angestellten.**  
 Ortsgruppe Danzig.

Für unsere Ortsgruppe Danzig wird zu  
 möglichst baldem Eintritt ein  
**Geschäftsführer**  
 gesucht. Reflektiert wird auf eine für Orga-  
 nisation und Agitation geeignete, erklaffige  
 Kraft, welche mit den gewerkschaftlichen und  
 sozialpolitischen Verhältnissen gut vertraut  
 sein muß.  
 Bewerbung mit einer schriftlichen Abhand-  
 lung über „Tätigkeit und Aufgabe eines  
 Gewerkschaftsführers“ sowie Angaben über  
 die bisherige Tätigkeit sind mit der Aufschrift  
 „Bewerbung“ bis spätestens 25. 2. 1920 an  
 Georg Len, Danzig, Grenadiergasse 33,  
 zu richten. Angabe, wann Eintritt der Stellung  
 erfolgen kann, ist erforderlich. (389)

**Korsetts**

aus guten Stoffen  
 besonders billig.  
**Toska Gunkel**  
 3 Kohlenmarkt 9  
 gegenüber d. Stadttheater.  
 Filialen in vielen Großstädten.  
 (80)

Empfehle mein  
**Zigarren-Geschäft**  
 in (6958)  
**Zigarren, Zigaretten**  
**Kau-, Rauch- und**  
**Schnupftabak**  
 zu billigsten Tagespreisen  
 bitte um wertel. Unterfertigung

**E. Balda**  
 Mag. Sauerb. 5a,  
 Ecke Hundegasse  
 und Melzerstraße 18.

Unreines Blut.  
 Zur Blutreinigung u. Aus-  
 scheidung aller Schärfe aus  
 den Säften gibt es nichts  
 Besseres als  
**Rathselbites Pulver.**  
 Schachtel Mk. 4.—.  
 Fabrikant und Vertrieb  
 Apotheker Draefel, Erfurt.  
 Zu haben in Danzig in  
 der Engel-Apotheke u. der  
 Bahnhof-Apotheke. (6726)



**Lichtspiele**  
 am Hauptbahnhof.  
 Bis Donnerstag,  
 den 12. Februar.  
 Der V. Teil  
 des großen Mia May-  
 Fortsetzungs-Film-Cyklus

**Die Herrin der Welt**  
**„Ophir“**  
 die Stadt der  
 Vergangenheit

Das Riesenspektakel steigt  
 sich von Akt zu Akt,  
 der Zuschauer kommt  
 aus dem Staunen und  
 der Bewunderung nicht  
 mehr heraus.  
 Vorstellungen:  
 Wochentags:  
 3, 5 und 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
 Sonntags:  
 2<sup>1/2</sup>, 4<sup>1/2</sup>, 5<sup>1/2</sup>, 7<sup>1/2</sup> Uhr.

**Achtung!**  
 Wegen des großen An-  
 dranges empfehlen wir  
 dringend den Besuch  
 der ersten Vorstellung.  
 Es ist unvermeidlich, daß  
 Späterkommende auf  
 Plätze warten müssen.

**Straßenverkäufer**

**Danziger Volksstimme**

wollen sich zu günstigen Bedingungen melden in der  
**Geschäftsstelle Am Spendhaus 6**

**Wichtige**  
**Zeitungsvorkäufer**  
 bei gutem Verdienst stellt  
 sofort ein (390)  
**Danziger Zeitung**

**Depolecin**  
 Lecithin - Eisen - Eiweiß  
 in Tablettenform.  
 Hervorragendes Nähr- u.  
 Kräftigungsmittel.  
 Aerztlich empfohlen  
 Allein echt in Kartons  
 à 6,00 Mk. (214)  
**Adler-Apotheke**  
 Tel. 1794 Ohra Tel. 1794

**Suhrwert**  
 ist zu haben. (394)  
**Kirstein,**  
 Ohra, Ostbahn 1.

**Volksfürsorge,**  
 Bemerkenswertes Genossen-  
 schaftliche Versicherungs-  
 Aktiengesellschaft  
 Günstige Tarife für  
 Erwachsene und Kinder.  
 Kein Pollicenverfall.  
 - Sterbekasse -  
 Auskunft in den Bureaus  
 der Arbeiterorganisationen  
 und von der  
 Rechnungsstelle 16 Danzig  
 Bruno Schmidt,  
 Mattenbuden 35.

**Fahrräder,**  
 Mäntel und Schläuche zu  
 noch bill. Preisen, sowie  
 sämtl. Ersatz- u. Zubehör-  
 teile, Reparaturen a. Fahr-  
 rädern, Nähmaschinen u.  
 Karbidlampen in eigener  
 Werkstatt schnell, sauber  
 und billig.  
 Danziger Fahrradzentrale  
 Breitgasse 56.

**Sport-Liegewagen**  
 m. Verdeck, Sammel-, wie  
 neu, billig zu verk. (f)  
 Hermann Schöningh, 2b. 52  
 Nordstr. 10  
 wend. sich direkt a. R. Lüdke,  
 Danzig, Paradiesgasse 8-9.  
 1194

**Bibliothek**  
 der freien Gewerkschaften,  
 Kaltegasse 6  
 Geöffnet Montags, Mitt-  
 wochs und Sonnabends  
 von 6 bis 12 Uhr  
 Den Mitgliedern der  
 freien Gewerkschaften  
 unentgeltlichen  
 Benutzung empfohlen  
 Ausweis:  
 Mitgliedskarte oder Buch